

Deutschlands Schwäche
beruhigt Frankreichs
politische Klasse

Nüchternheit statt Nostalgie

Dominique Moïsi

Der Motor Europas ist wieder angesprungen, das deutsch-französische Paar wieder vereint. In beiden Ländern überbieten einander die optimistischen, von der aktuellen Nachrichtenlage ermunterten Kommentare im Wettstreit um den größten Enthusiasmus. Nach der triumphalen – wiewohl ambivalenten – Wiederwahl Jacques Chiracs und der sehr viel knapperen Bestätigung Gerhard Schröders im Amt hat es nunmehr den Anschein, als ende eine schwierige Phase von beinahe fünf Jahren im deutsch-französischen Verhältnis. Um diese Klimaverbesserung zu verstehen, um sowohl ihre Reichweite als auch ihre Grenzen (wenn nicht gar ihre Widersprüchlichkeit) zu erfassen, muss man auf die Ursachen der vorausgehenden tiefen Krise zurückkommen.

Vernunftete mit Emotionen

Seit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages vor vierzig Jahren war die deutsch-französische Beziehung eine Vernunftete mit stark emotionalem Hintergrund. Zwischen beiden Seiten bestand – um eine häufig gebrauchte Formulierung aufzugreifen – ein Gleichgewicht der Ungleichgewichte: In politischer Hinsicht war Frankreich seiner selbst gewiss, in wirtschaftlicher Hinsicht war die Bundesrepublik stolz auf ihren Erfolg.

Dieses Gleichgewicht zwischen zwei Ländern, die den historischen Neuanfang wollten, setzte zweierlei voraus: ein ausgeprägtes europäisches Ideal – und ein geteiltes Deutschland. Daher konnte es nicht ausbleiben, dass das Ende der deut-

schen Teilung und des Kalten Krieges die psychologischen und politischen Rahmenbedingungen des beiderseitigen Verhältnisses nachhaltig veränderte. Es bedurfte des ganzen europäischen Engagements von Bundeskanzler Helmut Kohl – und auch ein wenig der Faszination, die von seinem zynischen, brillanten und amoralischen Partner François Mitterrand auf ihn ausging –, um nach Jahre nach dem Fall der Mauer die deutsch-französische Ehe fortzusetzen, als habe sich nichts Fundamentales geändert.

Verschwiegene Schattenseiten

Schließlich jedoch kamen die verschwiegenen Schattenseiten der Zweierbeziehung an den Tag – mit der Präsidentschaft Chiracs in Frankreich und der Kanzlerschaft Schröders in Deutschland. Beiden Politikern mangelte es an konvergierenden historisch-geografischen Neigungen, beiden lag Europa nicht besonders am Herzen. Jacques Chirac ist geprägt vom Algerienkrieg, und seine ästhetischen Interessen gelten der asiatischen Kunst. Im Leben Gerhard Schröders gibt es keine geschichtliche Schlüsselerfahrung, und sein Blick richtet sich eher nach Norden als nach Frankreich.

Zwischen beiden Männern wirkte nicht jene spontane und elementare Anziehungskraft, die einen Ausgleich hätte bieten können für die objektive Lockerung des Bandes, das beide Länder zusammenhält, und für den objektiven Gegensatz ihrer nationalen Interessen. Ganz im Gegenteil, Deutschland ließ jetzt

alle Hemmungen fallen – angetrieben von konfliktfreudigen Kanzlerberatern wie Michael Steiner und von einem auswärtigen Dienst, der endlich seinem Groll auf Frankreich Luft machen konnte. Lange genug hatte die deutsche Diplomatie Contenance wahren müssen gegenüber der „grande nation française“, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs umso arroganter aufgetreten war, je mehr sie um ihren Rang in der Welt besorgt sein musste.

Ausbruch von Nationalismus

Deutschland benahm sich geradezu wie ein zweites Frankreich. Frankreich war völlig überrascht, ja gelähmt angesichts dieses Ausbruchs von Nationalismus im Namen der Normalität. Es fühlte sich getäuscht und im Stich gelassen: „Hat Deutschland uns und sich selbst während der vergangenen vierzig Jahre nur etwas vorgemacht?“ Frankreich hatte sich selbst als realistisch und zynisch wahrgenommen; es hatte das historische Schuldgefühl Deutschlands geschickt ausgenutzt und raffiniert mit Emotionen gespielt. Und nun die bange Frage: „Sind nicht vor allem wir naiv gewesen – geblendet von der eigenen Eitelkeit?“

Die Talsohle deutsch-französischer Entfremdung war sehr wahrscheinlich mit dem EU-Gipfel von Nizza im Winter 2000 erreicht. Das Misslingen von Nizza bedeutete nicht nur einen Misserfolg für die deutsch-französische Beziehung, sondern auch einen Rückschlag für das Projekt der europäischen Einigung insgesamt. Tiefer hätte das deutsch-französische Verhältnis kaum sinken können – danach konnte es nur noch bergauf gehen, wie langsam auch immer.

Aber besteht nicht die Gefahr, dass das deutsch-französische Paar aus den falschen Gründen neu zusammenfindet? Geht es beiden Seiten um eine konstruktive und positive Zukunftsvision – oder sind es nicht in Wahrheit die schlimmsten

Reflexe der Vergangenheit, die ihr Handeln leiten? Haben sich die beiden Partner nur deshalb wieder aufeinander eingelassen, weil es keine Alternative dazu gibt? Weil die „britische Karte“ nicht gestochen hat? Weil Paris sich insgeheim an den wirtschaftlichen und diplomatischen Schwierigkeiten Berlins weidet – und weil Berlin Paris braucht, um aus der mit vielen Nachteilen verbundenen Isolierung herauszukommen?

Die Rolle der Briten

Die Realität ist – wie immer – um einiges komplexer. Fest steht jedoch, dass Paris verärgert ist über das Stocken des Saint-Malo-Prozesses, der die militärische Komponente der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik stärken sollte. Es stößt sich auch am Schnecken tempo der gemeinsamen französisch-britischen Verteidigungsbemühungen. Zwar gibt es in sicherheitspolitischen Angelegenheiten traditionellen Typs keine europäische Alternative zur französisch-britischen Zweisamkeit – Berlin hat weder genügend Sinn für das militärische Instrumentarium der Außenpolitik noch genügend Haushaltsmittel, um in der verteidigungspolitischen Oberliga mitzuspielen. Aber Großbritannien – zumindest seine Regierung, wenn nicht gar seine Öffentlichkeit – ist aus französischer Sicht fast schon ein hoffnungsloser Fall, so fixiert ist es (wie sich zurzeit in Sachen Irak wieder einmal zeigt) auf atlantische Denkmuster.

Wenn Frankreich sich Deutschland wieder annähert, so liegt das allerdings nicht nur an der Frustration über „die Angelsachsen“, sondern auch daran, dass die Berliner Republik inzwischen schwach und gebrechlich wirkt. In Paris steckt dahinter ein seltsam anachronistisches Machtkalkül in den Kategorien der „balance of power“: Frankreich musste 1989/90 einen Traum begraben, den der Literaturnobelpreisträger François Mau-

riac nach dem Krieg in der berühmten Formel zusammenfasste: „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich es vorziehe, wenn es zwei davon gibt.“ („J’aime tellement l’Allemagne que je préfère qu’il y en ait deux.“) Zum Ausgleich kann Frankreich sich heute damit trösten, dass das vereinte Deutschland – wie es selbst – nicht in der Lage ist, die notwendigen wirtschafts- und sozialpolitischen Strukturformen auf den Weg zu bringen. Es stellt fest, dass die Bundesrepublik die Kosten der Wiedervereinigung gewaltig unterschätzt hat – und dass diese Kosten heute maßgeblich dazu beitragen, Deutschland zum „kranken Mann Europas“ zu machen.

Keine klare Vision

Wenn die Reflexe der Vergangenheit so gegenwärtig sind, dann hat dies auch damit zu tun, dass es keine klare Vision von der Zukunft – vor allem nicht im Blick auf das Projekt „Europa“ – gibt. Sieht man von Joschka Fischer ab, so drängt sich die Frage auf, welcher deutsche oder französische Regierungspolitiker noch eine deutliche Vorstellung davon hat, wie die erweiterte Europäische Union von morgen aussehen könnte. Allenfalls zeichnet sich ein neuer Konsens ab, der sich nach der Enttäuschung von Nizza wie ein Fortschritt ausnimmt. Dieser Kompromiss wäre gewiss nicht möglich gewesen ohne

den übereinstimmenden Willen von Paris und Berlin, eine gemeinsame Linie zu finden. Er ist jedoch auf Dauer nicht zu halten, weil er auf einem Anachronismus und einem bewussten Risiko beruht. Anachronistisch ist die Fortschreibung der gemeinsamen Agrarpolitik, riskant eine Erweiterung, die das feste Gefüge der Europäischen Union in das weniger feste Gefüge einer multilateralen Organisation verwandeln könnte.

Gleichwohl wäre eine pessimistische Sicht der Dinge verkehrt. Europa besteht nämlich nicht nur aus Politikern und Diplomaten – es ist auch eine grenzüberschreitende Zivilgesellschaft, eine Gemeinschaft von Bürgern. Mag die deutsch-französische Zweierbeziehung nicht mehr das sein, was sie einst war, mögen die europäischen Institutionen schwerfällig bleiben, mag das europäische Projekt an Dynamik verlieren – wahr ist eben auch, dass immer mehr Menschen sich als Europäer empfinden. Und es werden diese Menschen sein, die morgen ein Europa verwirklichen werden, das unseren Träumen näher kommt als das Europa von heute.

Nicht das Projekt ist falsch – nur unsere Zeitvorstellungen waren es. Trotz ihrer Ambivalenzen ist daher auch die deutsch-französische Wiederannäherung ein kleiner Schritt voran auf dem Weg zur Vereinigung Europas.

Unter Demokraten

„Es muss in einer demokratischen Gesellschaft wie der unseren möglich sein, über Zuwanderung oder die Aufnahme islamischer Staaten in die Europäische Union kontrovers zu diskutieren. Nicht diejenigen, die für unser Land wichtige Fragen offen ansprechen, sind schlechte Demokraten, sondern diejenigen, die dem ‚dummen Volk‘ verbieten wollen, sich mit strittigen Fragen zu befassen.“

Hugo Müller-Vogg am 29. Dezember 2002 in der *Welt am Sonntag*